

Johannes Agnolis „Transformation der Demokratie“. Ein Beitrag zur gesellschaftskritischen Politikanalyse

Wolf-Dieter Narr und Richard Stöss

In Heft 1/2007 der ZParl hat sich *Wolfgang Kraushaar* mit der Parlamentarismuskritik der „Achtundsechziger“ befasst¹. Er hat sich vor allem mit der angeblichen, ganz unfrommen und nicht Glauben verlangenden „Bibel“² der seinerzeitigen Außerparlamentarischen Opposition (APO), *Johannes Agnolis* „Transformation der Demokratie“³, auseinandergesetzt. *Uwe Thaysen*, kurz vor seinem jähen Tod, und *Jürgen W. Falter* haben rascher als wir darauf reagiert⁴. Ihre Erwiderung ist sympathisch geraten. Sie berichtet vor allem über die Auseinandersetzungen am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin Ende der sechziger Jahre, soweit sie um die seinerzeitige Zeitschrift „Der Politologe“⁵ kreisten. Sachliche und persönliche Argumente werden geschieden, soweit es möglich ist; der Ironiker *Johannes Agnoli* erhält seinen Platz ohne versteckte Invektiven. Nur an zwei Stellen wundern falsche Zusammenstellungen. Einmal wird *Agnolis* fundamentale Parlamentarismuskritik in einem Atemzug mit *Lenin* erwähnt⁶. Mit dem hatte er in seinem gesamten anarchistisch ausgerichteten Politikverständnis nichts zu tun. Ebenso gilt dies für studentische Gruppierungen und ihre Kritik, denen die DDR beziehungsweise der Westberliner Ableger der SED, die SEW, als Bezugsrahmen diente⁷. *Thaysen* und *Falter* erinnern jedoch vor allem an *Ernst Fraenkel*s in persönlich-politischen Erfahrungen begründete Verteidigung der parlamentarischen Demokratie, eine Kritik verarbeitende Position, die es *Fraenkel* ermöglichte, über seinen intellektuellen Qualitätssinn hinaus *Agnolis* Äußerungen ernst zu nehmen, ohne ihnen zu folgen. Sie schlagen einen Bogen vom „Politologen“ zur „Zeitschrift für Parlamentsfragen“⁸, äußern sich aber nicht zu der Frage, wie es dazu kam, dass sich am OSI ein linkes, an der Frankfurter Schule und vor allem am Marxismus orientiertes Wissenschaftsverständnis herausbildete, das seinen Niederschlag dann in den Zeitschriften „Sozialistische Politik“ und „Probleme des Klassenkampfes“, heute „Prokla – Zeitschrift für kriti-

1 *Wolfgang Kraushaar*, *Agnoli*, die APO und der konstitutive Illiberalismus seiner Parlamentarismuskritik, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 160 – 179.

2 Ebenda, S. 164.

3 *Johannes Agnoli*, Die Transformation der Demokratie, in: *ders. / Peter Brückner*, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967, S. 7 – 87. „Die sachliche Auseinandersetzung über Gültigkeit und Zeitbedingtheit des ‚Involutionsansatzes‘ ging unter in einer eigentümlichen Art von Quellen- und Motivationsuche.“ *Johannes Agnoli*, Zwanzig Jahre danach. Kommemorativabhandlung zur „Transformation der Demokratie“, in: Probleme des Klassenkampfes 62, 16. Jg. (1986), H. 1, S. 7 – 40, S. 10. Involution bedeutet das Gegenteil von Evolution. *Agnoli* meint damit, grob gesagt, den Rückbau demokratischer Institutionen und Theorien „in vor- oder antidemokratische Formen“.

4 *Uwe Thaysen / Jürgen W. Falter*, *Fraenkel* versus *Agnoli*? Oder: Was ist aus der „Parlamentsverdrossenheit“ der 60er Jahre für die heutige „Postparlamentarismus“-Diskussion zu lernen?, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 2, S. 401 – 413.

5 Nr. 1/1968 bis Nr. 4/1968 „Berliner Zeitschrift für Politologie“.

6 *Uwe Thaysen / Jürgen W. Falter*, a.a.O. (Fn. 4), S. 410.

7 Ebenda, S. 411.

8 Ebenda, S. 413.

sche Sozialwissenschaft“, fand. Da uns diese Frage wichtig erscheint, um die Entstehung von *Agnolis* „Transformation der Demokratie“ zu verstehen und ihre Bedeutung zu ermes-sen, wollen wir ihr in Teil 1 nachgehen.

Wir haben *Johannes Agnoli* nicht als junge, Politikwissenschaft schon mitformulierende Diplomstudenten des OSI kennengelernt. Wir hatten mit ihm in verschiedenen Positionen und Rollen seit Anfang der siebziger Jahre bis zu seinem Tod freundschaftlich kollegial zu tun. Darum hat uns *Wolfgang Kraushaars* Artikel vor allem aus zwei Gründen irritiert: Uns kümmert hier nicht primär die Art der pseudodetektivischen Argumentation *Kraushaars* und seine eher verdeckten, darum jedoch für Andere noch weniger wahrnehmbaren Polemiken gegenüber *Agnoli* (bis an den Rand der Ehrabschneidung). Zum einen tut *Kraushaar* so, als habe dieser seine jugendlichen Eskapaden als junger Faschist und Lyriker verheimlicht. Nicht einmal die entfernteste Parallele zu anderen Intellektuellen ist jedoch zu ziehen, deren historisch persönlich entschuldbaren jugendlichen und jungmännlichen Berührungen mit der nationalsozialistischen Herrschaft erst dadurch seltsam anrühlich werden, dass sie bis zu ihrer späten Entdeckung „beschwiegen“ wurden (wie im Fall von *Walter Jens* oder *Günter Grass*). Zum anderen geht *Kraushaar* nicht nur darauf aus, *Agnolis* Parlamentarismuskritik (prä-)faschistisch zu verdächtigen und damit drittklassig zu beerdigen; er enttarnt dem Scheine nach dessen Kritik vielmehr so, dass der kritisierte Gegenstand, die parlamentarische Demokratie der Gegenwart, jugendschön und kräftig auftritt, ohne den geringsten Problemhauch. Die pauschale Disqualifizierung jeglicher Parlamentarismuskritik mit Hilfe des Präfaschismusverdachts am Exempel *Agnoli*, ohne dass sich *Kraushaar* an irgendeiner Stelle auch nur sachte, nicht denunzierend, auf die Kritik einließe, motiviert uns vor allem, uns zu diesen Zusammenhängen zu äußern. Dies soll in Teil 2 geschehen.

Funktionsfähigkeit und funktionale, damit verbunden institutionell-strukturelle Defizite repräsentativer Demokratie müss(t)en diejenigen kümmern, die Herrschaft im Sinne der mitbestimmenden Selbstherrschaft auf ein begründungspflichtiges Minimum beschränken wollen. Wem die im 17., 18. und 19. Jahrhundert frühbürgerlich formulierten und teilweise erstrittenen Freiheiten hoch rangieren (heute im Wesentlichen der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes), der wird weder analytisch noch im eigenen Verhalten politisch gleichgültig bleiben, wenn sich herausstellen sollte, dass ihre materiellen und habituellen Bedingungen immer nur einseitig gegeben waren und insgesamt schwinden. Im dritten und letzten Abschnitt bedenken wir daher *Agnolis* Parlamentarismuskritik unter der Perspektive heute erkenntlicher Probleme. Wir wollen nicht *Agnoli* und seine Kritik „retten“. Oder anders gesagt: Wir wollen *Agnolis* erheblich zu ergänzende und zusätzlich zu fundierende Kritik nur insoweit erinnernd fortführen, als sie, wie schon gesagt, alle kümmern müsste, die das Wort Demokratie (in welchen Kompositionen und mit welchen Präfixen auch immer, bis hin zur neuerlichen, eher verschiedentlich drückebergerischen „post-demokratischen“ Mode) – lutherdeutsch formuliert – nicht vergebens im Munde führen.

1. Von der Notwendigkeit gesellschaftskritischer Politikwissenschaft

Die Bedeutung der „Transformation der Demokratie“ beruhte nicht nur darauf, dass sie mit ihrer radikalen Parlamentarismuskritik, wie *Kraushaar* schreibt, „weit über die APO hinaus als die Begründung außerparlamentarischer Opposition schlechthin rezipiert und

in gewisser Weise kanonisiert wurde“⁹; sie bildete in wissenschaftstheoretischer Hinsicht auch einen Meilenstein gesellschaftskritischer Politikanalyse. In den Anfängen der (gerade auch Berliner) Politikwissenschaft wurde als Gegenstand der Disziplin nicht nur „die Gestaltung des öffentlichen Lebens“ benannt. Sie sollte sich zugleich „mit dem Erwerb, dem Gebrauch, dem Verbrauch der Macht, mit der Gesittung und ihrem Verfall“ beschäftigen¹⁰. *Arkadij Gurland* benannte damals als eigentliches Problem der Politischen Wissenschaft „das Verhältnis von Freiheit und Macht, von Herrschaft und Freiheitsbeschränkung“. Daher habe sie die „Aufhellung der Verursachungen von Macht und Herrschaft“ zu leisten¹¹. Politikwissenschaft verstand sich damals also zugleich als Lehre von der Gestaltung und als Lehre von der Macht. *Otto Heinrich von der Gablentz* stellte klar, „dass zur Wirklichkeit der Politik beides gehört: Gestaltung der Macht, Macht als Mittel der Gestaltung“¹². Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gelangte er dann zu dem Befund, dass „Gestaltung ... zwar nicht die erschöpfende Definition der Politik (ist), aber sie ist das Zentralproblem“¹³. Dies lief auf die Forderung nach einem Primat der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Gestaltung des öffentlichen Lebens gegenüber – auch notwendigen – Machtanalysen hinaus. Gut zehn Jahre später prangerte *Fraenkel* eine „Überbetonung des Machtelements in der Politik“ an: „Hierdurch ist aber ... der Sinnentleerung des Politischen, seiner Reduzierung auf ein Freund-Feind-Verhältnis, der Weg geebnet und der Machtkampf zur Norm der Politik erhoben worden.“¹⁴ Politologie könne nicht nur, wie der Münchener Politikwissenschaftler *Hans Maier* formuliert habe, „neutrale Empirie und unbeteiligtes Zutagefördern von ‚Wirklichkeitsbefunden‘“ sein; „bei der Erforschung der Wirklichkeit habe sie vielmehr stets vom Sinn und Ziel des Politischen als einer menschenwürdigen Ordnung des sozialen Lebens auszugehen“¹⁵. Damit wurde einer an Normen und Werten ausgerichteten Analysestrategie das Wort geredet, die sich auf die Verfasstheit des institutionellen Gefüges und auf das Verhalten von Regierenden und Regierten konzentriert und sich gegenüber einer „Wirklichkeitswissenschaft“ abgrenzt, wie sie etwa von *Wolfgang Abendroth*, *Ossip K. Flechtheim* oder *Otto Stammer* angestrebt beziehungsweise betrieben wurde¹⁶. Das bedeutete allerdings nicht, dass dieser Strang der Politikwissenschaft den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik unkritisch begegnet wäre¹⁷.

9 *Wolfgang Kraushaar*, a.a.O. (Fn. 1), S. 164.

10 Feststellungen der Arbeitstagung der Deutschen Hochschule für Politik, in: *Alfred Weber / Eugen Kogon*, Die Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung, Berlin 1950, S. 27 f.

11 *Arkadij R. L. Gurland*, Politische Wirklichkeit und Politische Wissenschaft, in: *Faktoren der Machtbildung*, Wissenschaftliche Studien zur Politik, Berlin 1952, S. 9 – 38, S. 36.

12 *Otto Heinrich von der Gablentz*, Macht, Gestaltung und Recht – Drei Wurzeln des politischen Denkens, in: ebenda, S. 139 – 161, S. 139.

13 Ebenda, S. 160.

14 *Ernst Fraenkel*, Politikwissenschaft und Gesellschaft, in: *Der Politologe*, 4. Jg. (1963), Nr. 12, S. 1 ff., S. 24 ff., S. 18.

15 Ebenda.

16 Vgl. dazu auch *Hans Kastendiek*, Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft, Frankfurt am Main / New York 1977, S. 191 ff.

17 *Uwe Thaysen* und *Jürgen W. Falter* (a.a.O. (Fn. 4), S. 18) erwähnen den Artikel von *Fraenkel* über Parlamentsverdrossenheit: Ursprung und politische Bedeutung der Parlamentsverdrossenheit, in: *Der Politologe*, 8. Jg. (1967), Nr. 22, S. 17 – 24. Mit den Schwächen und Defiziten der deutschen Nachkriegspolitik befasst sich auch die Aufsatzsammlung von *Otto Heinrich von der Gablentz*, Die versäumte Reform. Zur Kritik der westdeutschen Politik, Köln / Opladen 1960.

Fraenkel betonte sogar „mit besonderem Nachdruck“, „dass eine Politikwissenschaft ihren Beruf verfehlt hat, die nicht bereit ist, ständig anzuecken, die sich scheut, peinliche Fragen zu stellen und Vorgänge, die kraft gesellschaftlicher Konvention zu *arcana societatis* erklärt worden sind, rücksichtslos zu beleuchten“¹⁸. Analysen des bundesdeutschen Systems, die gesellschaftstheoretisch fundiert waren und das Verhältnis von Ökonomie und Politik ins Visier nahmen, blieben dennoch Mangelware. *Kurt Sontheimer* urteilte 1970 rückblickend, dass die Politikwissenschaft „zweifelloso einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Verankerung des bestehenden demokratischen Systems in der Bundesrepublik geleistet“ und dabei vor allem darauf abgezielt habe, „die bestehenden Machtverhältnisse zu legitimieren und damit zu stabilisieren“¹⁹.

Mitte der sechziger Jahre geriet die Politikwissenschaft angesichts der veränderten nationalen und globalen Probleme in eine „Identitätskrise“²⁰. Eine neue Generation junger Fachvertreter engagierte sich für eine an US-amerikanischen Ansätzen orientierte moderne, empirisch-analytisch ausgerichtete Disziplin. Im „Politologen“ forderte *Rudolf Wildenmann* keck die Überwindung des „Philosophenkönigtums“ der traditionellen Politikwissenschaft. „Wir befinden uns“, so seine Zeitanalyse, „im Zustand einer ‚systemischen Weltrevolution‘, einer Weltrevolution, die die Grundlagen unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens umkrempelt, und die Politische Wissenschaft muss dazu sehr wohl etwas zu sagen wissen“²¹. Gewissermaßen als Gegenentwurf dazu entwickelte sich eine gesamtgesellschaftlich orientierte, herrschafts- und kapitalismuskritische Richtung, die sich auf die Analyse des Verhältnisses von Politik und Ökonomie und der Rolle des („bürgerlichen“) Staates konzentrierte. Beide Richtungen entfremdeten sich zunehmend bis hin zur gegenseitigen Ausgrenzung, wobei die teilweise rabiaten Methoden der APO – besonders in der Hochphase der orthodox-marxistischen K-Gruppen – den Graben weiter vertieften. So kam es zum Ende des „Politologen“ und zur Entstehung der „Sozialistischen Politik“ beziehungsweise der „Probleme des Klassenkampfes“ einerseits und der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“ andererseits. Die gesellschaftskritische Politikwissenschaft knüpfte zunächst an die kritischen Betrachtungen der „Klassiker“ an, konfrontierte die bestehende Ordnung mit ihren eigenen Ansprüchen und suchte nach gesellschaftstheoretischen Erklärungen für die teilweise eklatanten Widersprüche. *Agnolis* „Transformation der Demokratie“ zählt zu den herausragenden Arbeiten dieser Phase, der selbst *Alexander Schwan* einige positive Aspekte abgewinnen konnte:

„Wichtig ist, daß man in dieser Phase²² noch an die Theorien des Pluralismus und der freiheitlichen Demokratie anknüpfte, um ideologiekritisch darzutun, wie wenig sie ihre Versprechungen in der Praxis eingelöst hätten. Bedeutsam ist weiterhin, daß man die angeblich bloß ‚formale‘ Demokratie der pluralistischen Gesellschaft durch eine andere, bessere, ‚inhaltliche‘ Demokratie zu ersetzen trachtete. Und charakteristisch ist schließlich auch, daß diese neue

18 *Ernst Fraenkel*, a.a.O. (Fn. 14), S. 18.

19 *Kurt Sontheimer*, Wozu studiert man eigentlich Politische Wissenschaft? Plädoyer für eine in Verfall geratene Disziplin, in: Die Zeit vom 27. Februar 1970, S. 13 f.

20 *Hans Kastendiek*, a.a.O. (Fn. 16), S. 251.

21 *Rudolf Wildenmann*, Politologie in Deutschland, in: Der Politologe, 8. Jg. (1967), Nr. 23, S. 9 – 23, S. 21, S. 23.

22 Ihr ordnet *Schwan* unter anderem *Agnolis* „Transformation der Demokratie“ und *Herbert Marcuse* „Der eindimensionale Mensch“ zu.

Demokratie in der vagen Vorstellung eines rätedemokratischen Sozialismus (bei Marcuse mit erziehungsdiktatorischen Elementen) gesucht wurde, der sich vom etablierten Sozialismus des Sowjetblocks scharf unterscheiden sollte.“²³

An dieser Stelle ist zunächst nur festzuhalten, dass die „Transformation der Demokratie“ nicht nur für Parlamentarismuskritik steht, sondern ganz allgemein für einen politikwissenschaftlichen Ansatz, der theoretisch angeleitet „sowohl den Staat als Machteinrichtung und Herrschaftsorganisation, wie auch alle Herrschaftsverhältnisse, -vorgänge und -gebilde“²⁴ untersucht, und zwar unter Maßgabe der kapitalistischen Verfasstheit der Gesellschaft. Dabei handelt es sich gewiss nicht um den einzig möglichen²⁵, aber doch um einen nicht nur legitimen, sondern unverzichtbaren wissenschaftlichen Zugang zur Deutung der politischen Wirklichkeit. Die teilweise massive – nicht in jedem Fall gänzlich unberechtigte – Kritik an den Befunden und Werturteilen der „Transformation der Demokratie“ diente häufig auch als Vorwand, um einer gesellschaftskritischen Politikwissenschaft generell die Existenzberechtigung abzuspochen. Tatsächlich war und ist diese dringend notwendig:

Die Politikwissenschaft „ist keine Problemlösungswissenschaft, sondern analysiert die (z.B. Aushandlungs-)Prozesse, in denen es zu Problemlösungen kommt – oder eben auch nicht. Daher können wir zwar Teilantworten auf die Frage nach dem Warum liefern ..., aber der Politik aus ihrem Gefängnis des ‚There is no alternative‘ (Margaret Thatcher) nicht heraushelfen. Auch vermeiden wir die Antwort auf die Frage, warum es denn ‚keine Alternative‘ geben soll, denn wir umgehen sorgfältig das Thema der Herrschaftsverhältnisse in unseren Gesellschaften: Wir beschränken uns auf die Analyse der Vorgänge in ihren formalen Entscheidungszentren ... und klammern die Frage nach der Möglichkeit von Demokratie im Kapitalismus aus. (...) Der zeitweise einmal kritische Impuls der Politikwissenschaft wird umgebogen zur affirmativen Suche nach dem wahren Leben im falschen.“²⁶

2. Johannes Agnoli: der verborgene Faschist?

Die Feststellung von Kraushaar, dass sich Agnoli bei der Ausarbeitung seiner Parlamentarismuskritik auch auf Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto, Robert Michels und Carl Schmitt berufen habe, erscheint auf den ersten Blick wenig aufregend. Denn auch wir haben uns als Studierende, Lehrende und Forschende mit diesen Autoren befasst (ohne deren politische Fär-

23 Alexander Schwan, Die Herausforderung des Pluralismus durch den Marxismus. Aktuelle und grundsätzliche Aspekte, in: Günter Doeker / Winfried Steffani (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, Hamburg 1973, S. 444 – 481, S. 462. Auch Otto Heinrich von der Gablentz beurteilte die „Transformation der Demokratie“ trotz teilweise harscher Kritik nicht rundweg negativ: „Es ist schwierig, ein dogmatisches Buch wissenschaftlich zu kritisieren, vor allem, wenn manche der dogmatisch formulierten Gedanken auch einer rationalen Diskussion zugänglich und wert sind.“ Rezension, in: Berliner Zeitschrift für Politologie, 9. Jg. (1968), H. 2, S. 55 – 58, S. 55.

24 Ossip K. Flechtheim, Politologie im geteilten Deutschland, in: Der Politologe, 6. Jg. (1965), Nr. 18, S. 25 – 28, S. 25.

25 Der zeitweilige Monopolanspruch von vielen Vertretern des gesellschaftskritischen Ansatzes war wissenschaftlich kaum gerechtfertigt und politisch ein verhängnisvoller Fehler.

26 So Heidrun Abromeit in ihrer Abschiedsvorlesung, Gesellschaften ohne Alternativen. Zur Zukunftsunfähigkeit kapitalistischer Demokratien, Working Paper des Instituts für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt Nr. 11, Darmstadt 2007, S. 5 f.

bungen zu übersehen). Schließlich zählen die drei Erstgenannten zu den Klassikern der Politischen Soziologie²⁷, und der scharfsinnige politische Denker und Analytiker *Carl Schmitt* „gibt auch heute noch Anstoß zu kritischer Diskussion“²⁸. Es wäre uns nicht im Traum eingefallen, dass wir uns auf präfaschistische Theorien einlassen, wenn wir uns beispielsweise mit dem „ehernen Gesetz der Oligarchie“ von *Michels* beschäftigen. *Kraushaar* entlarvt *Agnoli* jedoch als „ehemalige(n) *Mussolini*-Anhänger“, der „offenbar immer noch nicht von den Ursprüngen seiner geistigen Biographie losgekommen war“²⁹: „Die Grundgedanken von *Agnolis* Parlamentarismuskritik sind alles andere als originell, denn sie stammen aus Italiens präfaschistischer Ära“³⁰; „kein anderer Theoretiker wird in *Agnolis* Schrift so häufig genannt wie *Pareto*“³¹. Und da *Agnoli* als einer der Vordenker der APO galt: „Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Parlamentarismusverständnis der APO von der präfaschistischen Liberalismuskritik Italiens beeinflusst wurde.“³² *Agnoli* habe mit seiner Parlamentarismuskritik dazu beigetragen, „eine außerparlamentarische Bewegung und viele der aus ihr hervorgegangenen Gruppen und Organisationen in die Irre zu führen“³³. Irreführt habe er auch „viele seiner politischen Mitstreiter“, die er angeblich lange Zeit „über seine faschistische Vergangenheit und seine Zeit als Soldat der Wehrmacht“³⁴ in Unkenntnis gelassen habe. Dies sei erst seit den achtziger Jahren langsam durchgesickert und nach dem Tod *Agnolis* 2003 in einer von seiner Witwe vorgelegten Biographie³⁵ „zur Gewissheit“ geworden³⁶. Dass sich *Agnoli* erst 1986 in einer Publikation zu seiner politischen Vergangenheit geäußert hat³⁷, erklärt *Kraushaar* mit der infamen Behauptung, dass er bis dahin darauf vertrauen durfte, „dass er in der Öffentlichkeit von einer verbreiteten Unkenntnis der theoretischen wie biographischen Zusammenhänge profitieren konnte“³⁸. Am Ende wird auch noch *Wolf-Dieter Narr* zum Helfer der biographischen Vergangenheitsverheimlichung erklärt: Er habe in einem Nachruf auf *Johannes Agnoli* dessen frühen faschistischen Überzeugungen verschwiegen:

„Damit war eine weitere Chance vergeben, am Lebensende eines Mannes Schlussfolgerungen aus dessen Scheitern zu ziehen und damit zugleich auch etwas vom durchaus tragischen Niedergang einer radikalen Linken zu begreifen, die sich ursprünglich zwar die Durchsetzung universeller Werte auf ihre Fahnen geschrieben hatte, ihre zumindest in der Tendenz totalitä-

27 *Pareto* und *Mosca* zählen zu den „frühen Elitentheoretikern“ (*Dietrich Herzog*, Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Darmstadt 1982, S. 13 ff.), und *Michels* hat, wie kein anderer, mit seinem „Standardwerk der empirischen Parteienforschung“ (*Alf Mintzel*, Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch, Opladen 1984, S. 52) wissenschaftliche Diskussionen über innerparteiliche Demokratie und Machtverteilung provoziert.

28 Dies gilt unverändert bis heute: *Jürgen Fijalkowski*, Die Wendung zum Führerstaat. Ideologische Komponenten in der politischen Philosophie Carl Schmitts, Köln / Opladen 1958, S. XX.

29 *Wolfgang Kraushaar*, a.a.O. (Fn. 1), S. 177.

30 Ebenda, S. 168.

31 Ebenda, S. 169.

32 Ebenda, S. 171.

33 Ebenda, S. 178.

34 Ebenda, S. 177.

35 *Barbara Görres Agnoli*, Johannes Agnoli. Eine biografische Skizze, Hamburg 2004.

36 *Wolfgang Kraushaar*, a.a.O. (Fn. 1), S. 176.

37 *Johannes Agnoli*, Zwanzig Jahre, a.a.O. (Fn. 3), S. 15 f.

38 *Wolfgang Kraushaar*, a.a.O. (Fn. 1), S. 176.

ren Implikationen jedoch nicht durchschaute und deshalb nicht zuletzt wegen der Legitimationsschwäche ihres Demokratiemodells zu Fall gekommen war.“³⁹

So zutreffend die Bemerkung von *Thaysen* und *Falter* ist, „dass die Diskussion um Anspruch und Wirkung der ‚Achtundsechziger‘ keineswegs abgeschlossen ist, sondern durchaus noch – etwa aus Anlass ihres ‚Vierzigjährigen?‘ – den Stoff eines bislang nicht wirklich offen ausgetragenen Historikerstreites in sich birgt“⁴⁰, so wünschenswert wäre es, dass die Diskussion hart an der Sache und fair geführt wird. So hat *Agnoli* niemanden – seine „politischen Mitstreiter“ nicht, auch nicht seinen persönlichen Freundeskreis und seine Kletterkameraden, mit denen er viele Sommer in den Dolomiten seiner cadorinischen Heimat unterwegs war – im Unklaren darüber gelassen, dass er einst ein überzeugter Anhänger des Faschismus war. Bei *Kraushaar* ist nachzulesen, dass *Agnoli* 1958 während einer Veranstaltung in Vlotho den jungen Tagungsteilnehmern über seine „Aktivitäten in faschistischen Organisationen“ berichtete⁴¹. Dies war kein Einzelfall. *Agnoli* liebte es, in geselliger Runde anekdotenreich auch über seine Jugendjahre zu sprechen – weniger um sich zu offenbaren, sondern vor allem, um dann ausführlich über eines seiner Lieblingsthemen zu dozieren: die Besonderheiten des italienischen Faschismus. Seine eigene Vergangenheit erschien ihm kaum bemerkenswert, er lebte für die politische Philosophie, die ihm das Rüstzeug für seine Analysen bot. Dabei bezog er sich nicht primär auf rechte Theoretiker. *Pareto* wird in der „Transformation der Demokratie“ zwar – wie *Kraushaar* richtig feststellt – am häufigsten genannt, bringt es aber von insgesamt 103 wissenschaftlichen Referenzen auf ganze elf Nennungen, gefolgt von *Fraenkel* mit acht, *Harold Laski* mit sieben und *Ossip K. Flechtheim* mit sechs. Auf *Mosca* beruft er sich ein Mal, auf *Carl Schmitt* zwei Mal und auf *Michels* drei Mal. Und *Karl Marx* wird auch nur vier Mal erwähnt. Der Rest verteilt sich mehr oder weniger gleichmäßig auf Vertreter der Demokratietheorie, der Parteien-, Verbände- und Parlamentarismustheorie, der Industriellen Beziehungen und der Staatslehre, und zwar über alle politischen Richtungen und wissenschaftstheoretischen Ansätze hinweg. *Agnoli* kannte sie alle. Er hatte sie nicht nur gelesen, er hatte sie studiert, und er behandelte sie respektvoll. Er zählte nicht zu den dogmatischen „Achtundsechzigern“, die die „bürgerliche Wissenschaft“ verteufelten oder aggressiv ausgrenzten. Sein schwerstes Geschütz war die Ironie, von der er in der „Transformation der Demokratie“ allerdings nur mäßigen Gebrauch machte⁴².

In diesem Zusammenhang ist das Verhältnis von *Agnoli* und *Fraenkel* von Interesse. *Thaysen* und *Falter* formulieren vier kluge Hypothesen, warum „ausgerechnet der dezidierte Parlamentarismusaufklärer und Verfechter parlamentarischer Regierungsweise *Ernst Fraenkel* seine ‚schützende Hand‘“⁴³ über den expliziten Parlamentsverächter *Johannes Agnoli* gehalten“⁴⁴ hat. Ergänzend gibt es einige Hinweise darauf, dass auch *Agnoli* *Fraenkel* zu schätzen wusste: Er beruft sich in der „Transformation der Demokratie“ nicht nur relativ häufig auf ihn, sondern kommentiert ihn auch lobend („sagt etwas sehr richtiges aus“; hat

39 Ebenda, S. 179.

40 *Uwe Thaysen* / *Jürgen W. Falter*, a.a.O. (Fn. 4), S. 401.

41 *Wolfgang Kraushaar*, a.a.O. (Fn. 1), S. 177, Fn. 62.

42 Beispiel: Der Staatsbürger „besitzt das kostbare Recht, personelle Veränderungen vorzunehmen – sofern diese von den Führungsgruppen selbst vorgeschlagen werden“. *Johannes Agnoli*, *Transformation*, a.a.O. (Fn. 3), S. 47.

43 *Barbara Görres Agnoli*, a.a.O. (Fn. 35), S. 65.

44 *Uwe Thaysen* / *Jürgen W. Falter*, a.a.O. (Fn. 4), S. 405.

etwas „meisterhaft beschrieben“; dazu „sehr gut“ *Fraenkel*; etc.⁴⁵), was sonst nicht zu seinen Gepflogenheiten zählte. Trifft die Feststellung von *Thaysen* und *Falter* im Kern auch zu, dass „inhaltlich Welten zwischen den Ansatz- und Zielpunkten der beiden Autoren zum Parlamentarismus (liegen)“⁴⁶, so ist doch daran zu erinnern, dass *Agnoli* die Pluralismustheorie von *Fraenkel* nicht in Bausch und Bogen ablehnte. Für den politisch-rechtlichen „Überbau“ ließ er sie sogar gelten, behauptete allerdings klassisch-marxistisch, dass die „ökonomische Basis“ durch den Antagonismus von Arbeit und Kapital geprägt sei⁴⁷. Daraus folgte er, dass ein wesentliches Merkmal der „Transformation der Demokratie“ in der „Verkürzung des Herrschaftskonflikts auf den Führungskonflikt“, in der „Reduzierung des Antagonismus auf den Pluralismus“⁴⁸ bestehe. Dieser These dürfte *Fraenkel* vehement widersprochen haben. Er bestritt zwar nicht den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, wehrte sich aber gegen die Behauptung, dass Demokratie erst in einer klassenlosen Gesellschaft möglich sei⁴⁹. Folglich ging er mit den aus seiner Sicht realitätsfernen Vorstellungen der „Neuen Linken“⁵⁰ hart ins Gericht, billigte ihr aber auch eine wichtige Funktion als „ständige Herausforderung gegenüber der Gefahr einer zunehmenden Verhärtung aller am Prozess der politischen Willensbildung beteiligten Faktoren“⁵¹ zu. *Fraenkel* dürfte die „Transformation der Demokratie“ daher nicht pauschal verworfen haben, zumal er selbst lange Zeit Anhänger des Marxismus gewesen war⁵².

Bei der Hinwendung *Agnolis* zum Marxismus dürfte es sich um einen längeren Lernprozess gehandelt haben, der unserer Kenntnis nach bereits in seiner Tübinger Studentenzeit⁵³ begann. Für den Marxismus-Leninismus hegte er keinerlei Sympathien. Auch für den stark politökonomisch ausgerichteten Marxismus der Neuen Linken, wie er vor allem in der

45 *Johannes Agnoli*, Transformation, a.a.O. (Fn. 3), S. 37, S. 38, S. 40 (jeweils Fußnoten).

46 *Uwe Thaysen* / *Jürgen W. Falter*, a.a.O. (Fn. 4), S. 405.

47 „Die Pluralität der Interessen – eine Wirklichkeit – und der damit zusammenhängende – ebenso wirkliche – Pluralismus auf der Distributionsebene wirkt politisch der Polarität entgegen, die nach wie vor an der Basis der Gesellschaft besteht.“ *Johannes Agnoli*, Transformation, a.a.O. (Fn. 3), S. 23.

48 Ebenda, S. 31. Dieser Kerngedanke der Theorie *Agnolis* lässt sich übrigens weder auf *Pareto* noch auf *Schmitt* zurückführen.

49 „Der Pluralismus ist die Staatstheorie des Reformismus. Er lehnt implicite die These ab, daß der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, dessen Existenz er nicht in Zweifel zieht, mit geschichtlicher Notwendigkeit dazu führen muss, dass er in der klassenlosen Gesellschaft ‚aufgehoben‘ wird. Der Pluralismus erblickt in diesem Antagonismus vielmehr eine besonders markante und politisch überragend bedeutsame Erscheinungsform einer die gesamte industrielle Massengesellschaft durchziehenden Kette von Interessengegensätzen, die nur dann nicht zur Desintegration von Staat und Gesellschaft zu führen geeignet sind, wenn den Verbänden nicht verwehrt ist, sie offen auszutragen, und dem Staat die Möglichkeit gewährt ist, bei ihrer – sei es kurzfristigen, sei es langfristigen, sei es kontinuierlichen – Schlichtung mitzuwirken.“ *Ernst Fraenkel*, Strukturanalyse der modernen Demokratie, in: APuZ, B 49 (1969), S. 3 – 27, S. 23.

50 *Fraenkel* erwähnt zwar die „Transformation der Demokratie“ nicht, bezieht sich aber an vielen Stellen indirekt auf sie.

51 *Ernst Fraenkel*, Strukturanalyse, a.a.O. (Fn. 49), S. 8.

52 *Agnoli* ließ es sich nicht nehmen, darauf genüsslich zu verweisen, indem er, ganz im Sinne seiner „Transformation“, aus *Fraenkels* „Soziologie der Klassenjustiz“ von 1927 zitierte: „Klassenkampf ist das bewusste Streben nach Gerechtigkeit. Verzicht auf den Klassenkampf [ist] die bewusste oder unbewusste Mitwirkung an der Stabilisierung des Unrechts.“ *Johannes Agnoli*, Transformation, a.a.O. (Fn. 3), S. 48.

53 *Barbara Görres Agnoli*, a.a.O. (Fn. 35), S. 41 ff.

Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ gepflegt wurde, konnte er sich nicht sonderlich begeistern. *Agnoli* firmierte seit Ende der sechziger Jahre vorzugsweise als „Marxist-Agnolist“⁵⁴, oft auch nur als „Agnolist“, was seiner Persönlichkeit als homo per se und seiner Grundüberzeugung – einem Gemisch aus Linkskommunismus, Anarchosyndikalismus und revolutionärem Syndikalismus⁵⁵ – am ehesten entsprach. Schnittmengen seiner Herrschafts- und Parlamentarismuskritik mit den Theorien von *Mosca*, *Pareto*, *Michels* oder *Schmitt* ergeben sich daraus zwangsläufig, sind aber nur peripherer Natur.

3. Die „Real“-Verfassung liberaler Demokratie, ihre falschen Freunde und freundlichen Gegner

Die Argumentation von *Kraushaar* disqualifiziert pauschal alle Parlamentarismuskritik, die vom Geist der „Transformation der Demokratie“ erfüllt ist beziehungsweise in der Tradition gesellschaftskritischer Sozialwissenschaft steht. Im Editorial zu Heft 1/2007 der ZParl, das auch den Artikel von *Kraushaar* enthält, hat *Suzanne Schüttemeyer* angesichts der verbreiteten Unzufriedenheit mit dem bestehenden Repräsentativsystem und mit explizitem Hinweis auf den *Kraushaar*-Text die Zeitschrift als Diskussionsplattform für die Auseinandersetzung mit vergangener Parlamentarismuskritik und gegenwärtiger Parlamentsverdrossenheit angeboten⁵⁶. Im Sinne dieser Offerte fragen wir zum Abschluss mit Blick auf die neuen Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie nach der Aktualität der „Transformation“. Wir sind der Auffassung, dass sie immer noch viel Lernstoff enthält, und zwar auch für diejenigen, die sich mit *Agnolis* Wissenschaftsverständnis nicht identifizieren können.

3.1. Prämissen

Immer, im Kontext politischer Analyse besonders, geben die meist nicht in Frage gestellten Voraussetzungen den Ausschlag: Im Unterschied zu den meisten Politikwissenschaftlern (von denjenigen zu schweigen, die der „Politik als Beruf“ nachgehen) beginnt *Agnoli* nicht mit der Verfassung des Grundgesetzes und ihrem vorausgesetzten staatlichen Gewalt- und Rechtsmonopol⁵⁷. Er beginnt als radikaler Demokrat, der dauernd in die Schule des Herrschaftsverdachts geht. Darum will er sich nicht auf einen „Kampf um Verfassungspositionen“ beschränken. Dieser lebt vom Vergleich des Verfassungsrechts mit der Verfassungswirklichkeit. Zum Maßstab der Grundrechte wird die Fülle der fast täglichen Verrechtlichungen ins Verhältnis gesetzt. Geübt wird damit so etwas wie ein kognitiv-argumentatives Verfassungsgericht ohne judikative Kompetenz. *Agnoli* hat keine „Ideal“-Verfassung im Sinn, mit der er das säkulare Versagen der schlechten Wirklichkeiten rügt. Er betreibt vielmehr bohrend „subversive“ Herrschaftskritik. Darum ist es verfehlt, ihm oder seinesgleichen einen naiven Rousseauismus zu unterstellen. Bekanntlich wusste schon *Rousseau*, dass seine eigenartig gefasste direkte Demokratie, die bestenfalls kleinlokal zu verwirklichen wäre, nur für eine göt-

54 Ebenda, S. 87 f.

55 *Johannes Agnoli*, Zwanzig Jahre, a.a.O. (Fn. 3), S. 16.

56 *Suzanne S. Schüttemeyer*, Editorial, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 1.

57 Vgl. zusätzlich zur „Transformation der Demokratie“: *Johannes Agnoli*, Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik, in: *ders.*, Die Transformation der Demokratie und andere Schriften, hrsg. von *Barbara Görres Agnoli*, Hamburg 2004, S. 191 – 202.

tertümelnde Welt taugte. Noch abgeschmackter ist es, immer erneut *Carl Schmitt* und seine Schrift von 1923⁵⁸ gegen andersartige und anders motivierte Parlamentarismuskritik ins Feld zu führen. *Agnoli* operiert eben nicht wie *Schmitt* mit einem abstrakten Idealparlament, das die Bildung und die Vernunft der ganzen Nation repräsentiert, und er orientiert sich auch nicht wie *Schmitt* an einem auf Homogenität, Einheit und Ordnung gegründeten Staatsideal oder an einem herrschaftsbeliebig „Freund“ und „Feind“ ein- oder ausgrenzenden Politikbegriff. Im Sinne eines radikalen Sokratikers insistiert *Agnoli* vielmehr auf der variantenreich gestellten Frage, was es mit dem staatlichen Gewaltmonopol und seinen aktuellen Formen, Maßnahmen und Funktionen – „liberal“ und „demokratisch“ – auf sich habe beziehungsweise um welche Liberalität und Demokratie es sich handle.

Man muss *Agnoli* nicht folgen und kann vom Grundgesetz als *dem* Bezug von Beschreibung, Analyse und Bewertung ausgehen und dorthin zurückkehren. Gerade dann ist mit *Agnoli* zu fragen, ob die Bedingungen der Möglichkeiten parlamentarischer Demokratie (noch) gegeben seien beziehungsweise wie sie umzugestalten oder zu ergänzen wären, um im Interessengeflecht repräsentativer Demokratie in doppelter Weise liberal verkehren zu können: liberal im Sinne des negativen Freiheitsbegriffs von *Isaiah Berlin*⁵⁹, in Form dessen, was *Crawford B. Macpherson* den ellenbogenstarken „Besitzindividualismus“ genannt hat⁶⁰, und liberal im Sinne eines ergänzten klassisch menschenrechtlichen Bezugs, der die sozio-ökonomischen Voraussetzungen der verallgemeinerten individuellen Abwehrrechte mit anstrebt – mit Freiheit immer auch als Freiheit der anders Denkenden und anders Lebenden. Bei dem von *Agnoli* beschriebenen Rückbau demokratischer Institutionen handelt es sich nicht um ein Naturgesetz. „Die Transformation ... vollzieht sich objektiv nicht willkürlich oder zufällig. Sie folgt einer Entwicklung, die mit der Änderung der Weise, wie die Menschen ihre Beziehungen mit der Natur gestalten und dabei ihre sozialen Beziehungen regeln, auch eine Veränderung im wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verteilungsmodus und schließlich eine Veränderung im politischen Herrschaftssystem mit sich gebracht hat.“⁶¹ In jedem Fall sollte der schildbürgerlichen Gefahr begegnet werden, dass Liberalität und Demokratie in ihrer Substanz unauffindbar versenkt bleiben⁶².

3.2 Repräsentative Demokratie in Perspektive

Nicht „das Ideal und das Leben“ sind miteinander zu vergleichen. Im Sinne von Sozial- und Politikwissenschaft als „Wirklichkeitswissenschaft“ nach *Max Weber*, auch nach *Pareto* oder *Mosca* – unbeschadet der faschistischen Tendenzen und Verwicklungen beider, vor allem des letztgenannten – ist jedoch herauszufinden, wie es mit den durchschnittlichen Leistungen repräsentativer Demokratie steht.

58 *Carl Schmitt*, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin 1923.

59 *Isaiah Berlin*, Four Essays on Liberty, London / New York 1969.

60 *Crawford Brough Macpherson*, Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt am Main 1967.

61 *Johannes Agnoli*, Transformation und andere Schriften, a.a.O. (Fn. 57), S. 15 f.

62 Angesichts eines vermeintlich bevorstehenden Krieges hatten die Bürger von Schilda ihre Glocke auf den See hinaus gerudert und versenkt, um sie vor dem Feind in Sicherheit zu bringen. Allerdings konnten sie die Glocke später nicht wiederfinden. Der Schmied hatte zwar an der Stelle des Kahns, wo die Glocke zu Wasser gelassen worden war, eine Kerbe angebracht. Dies erwies sich jedoch als nicht wirklich hilfreich, da die Kerbe immer dort war, wo sich das Boot gerade befand.

(1) *Repräsentation*: Wenn sie über den lateinischen Wortsinn hinaus (*repraesentare* = vergegenwärtigen, veranschaulichen) demokratisch als vermittelte Vergegenwärtigung der Bevölkerung angereichert und mit den Repräsentanten zugeordneten Kompetenzen aufgewertet wird, kann sie in einer Fülle von vermittelnden Formen und Nuancierungen auftreten. Der Kampf um „angemessene“ Repräsentation aller möglichen Interessen wird anhalten. Das ist die Unruhe repräsentativer Demokratie. Was aber, wenn so etwas entsteht wie ein „repräsentativer Absolutismus“, wenn also Vermittelnde und Vermittelte bestenfalls in Wahljahren in wechselweise, erneut hoch vermittelte, meinungsbefragte und internetindividualisierte Beatmung treten? Was, wenn all die Repräsentierenden und ihre Einrichtungen, wie es *Elmer Eric Schattschneider* vor Jahrzehnten formulierte, mit einem „upper class accent“ singen⁶³? Was, wenn die wichtigste Institution, deren Oberherrschaft noch die Autoren der *Federalist Papers* fürchteten (das Repräsentantenhaus oder, systemisch anders, das Parlament), kaum den rennenden Hasen vergleichbar ist, die den immer schon definierenden und problemmächtigen exekutiven Igel n begegnen? Was, wenn selbst die repräsentative Exekutive, direkt gewählt oder parlamentarisch kriert, inmitten der unübersichtlichen Architektur der Komplexität dauernd überfordert ist? Da hilft es wenig, wenn in letzter Zeit der Steuerungsjargon in der Politikwissenschaft wieder en vogue geworden ist, als sei politische Steuerung in direktem Sinne in komplexen politischen Zusammenhängen rational und verantwortlich möglich, während es in der Ökonomie der indirekten „Markt“-Regulierung bedürfe, weil sonst bürokratische Monstren drohten. Kurzum: Wo bleibt die große Errungenschaft des Verfassungsstaats der Neuzeit – verantwortliches Regieren gegen die spätabolutistische Herrschaftswillkür (*arcana imperii*) –, wenn keine persönlich zurechenbaren Reduktionen der Komplexität anders als medial täuscherisch möglich sind? „Das Repräsentationsprinzip – der Kern des Parlamentarismus – wurde als Verfassungsnorm erdacht, gewollt und verwirklicht mit einer genauen repressiven Aufgabe, die schon von Anfang an einen Befriedungscharakter trug. Es galt, friedlich aber wirksam, die Mehrheit der Bevölkerung von den Machtzentren des Staates fernzuhalten.“⁶⁴ Will man sich wirklich mit diesem *factum brutum* zufrieden geben?

(2) *Legitimation*: Die größten Kritiker der Wahlen in diversen repräsentativen Demokratien schrien unisono auf, sollten die vielfältig kritisierten Wahlen abgeschafft werden. Können jedoch Wahlen zusammen mit einer Mehrzahl von Parteien und Kandidaten als Inbegriff von „Demokratie“ behandelt werden? In wie viel Wasser muss der Demokratiebegriff aufgelöst worden sein, um es mit Wahlen als „Legitimation durch Verfahren“⁶⁵, als symbolischen Inszenierungen⁶⁶ genug sein zu lassen? Bestenfalls trifft *Joeseoph Schumpeters* Beobachtung, mit einer kräftigen Prise *Paretoscher* Einsicht zu: Wahlen sind dazu da, periodische Elitenzirkulation zu ermöglichen⁶⁷. „Während die Führungsgruppen untereinander sich einen realen Kampf liefern, wird den Wählern lediglich die *Illusion* eines offenen Wettbewerbs mit der ihm eigen sein sollenden Tendenz zur Qualitätssteigerung geboten.“⁶⁸ So wäre repräsentative Demokratie, wie es der erste Bundespräsident *Theodor Heuss* einmal

63 *Elmer Eric Schattschneider*, *The Semisovereign People*, New York 1960.

64 *Johannes Agnoli*, *Transformation und andere Schriften*, a.a.O. (Fn. 57), S. 32.

65 *Niklas Luhmann*, *Legitimation durch Verfahren*, Frankfurt am Main 1969.

66 *Murray Edelman*, *The Symbolic Uses of Politics*, 5. Auflage, Urbana 1972.

67 *Joseph A. Schumpeter*, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 2. Auflage, Bern 1950.

68 *Johannes Agnoli*, *Transformation und andere Schriften*, a.a.O. (Fn. 57), S. 45.

nüchtern ausgedrückt hat, „Herrschaft auf Zeit“. Diese ist, gehört man nicht einer herrschenden Elite an, jeder Herrschaft ohne Zeit gewiss vorzuziehen. Nur: Was hat diese „Herrschaft auf Zeit“ mit der seichtesten aller Demokratien zu tun, wenn der Ausdruck anders als nominalistisch gebraucht werden soll? Dient sie als ein kollektives Täuschungsmittel? Hier rächt sich besonders, dass quer durch alle liberalen Demokratiekonzeptionen nie darauf geachtet worden ist, die notwendigen Voraussetzungen bei den Bürgern zu schaffen, damit sie wahlfähig würden⁶⁹. Die so genannte ökonomische Theorie der Demokratie hat die politisch unmündige Praxis gerechtfertigt. *Anthony Downs* und vielen anderen gemäß ist es für Bürger alles andere als interessentrational – rational im Sinne des ökonomischen Kalküls –, sich politisch zu verhalten⁷⁰.

(3) Die Vertreter des liberaldemokratischen Staates unterstellen bis heute – davon leben ebenso Modernisierungs- wie Transformationstheorien –, dass zwischen ihm und der nur noch metaphorisch so benennbaren Marktökonomie eine über längere Zeit beobachtbare strikte Analogie bestehe. An diesem fraglichen, in jedem Fall einseitig kapitalistisch bestimmten Zusammenhang setzt *Agnolis* Analyse vor allem an. Daran macht er das einseitige Interessen- und Herrschaftsgefälle deutlich⁷¹. Schon wenn man die frühbürgerlichen Konzeptionen ansieht, wie sie unter anderem *Albert Hirschman* beschrieben hat⁷², wird angesichts der verfassten, also gezähmten Politik und der unverfassten Ökonomie einsichtig, wo die Interessendominanz gründet. So kommt es, dass das stärkste und ureigene Instrument des modernen Staates, sein „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“ (*Max Weber*), in aller Regel – außerhalb aller verschwörungstheoretisch behaupteten Einflussnahmen – im Sinne der dominanten ökonomischen Interessen fungiert. Sollte repräsentative Demokratie auch nur halbwegs übers „Akzeptanzmanagement“ hinaus ihrem substantiellen Anspruch legitimatorisch genügen, müsste das hergestellt werden, was *Max Weber* ein „Adäquanzverhältnis“ genannt hat: ein Adäquanzverhältnis zwischen Politik und Ökonomie. Hierfür reicht die Fülle der Verrechtlichungen aller möglichen Kapital- und Arbeitsverhältnisse nicht aus (neuerdings bis hin zu Überlegungen, wie Hedge Fonds zu kontrollieren seien). Statt einer im weitesten Sinne politischen Umpolung primär ökonomischer Institutionen und Funktionen bestimmt jedoch die Ökonomisierung auch innerstaatlicher Normen und Formen bis ins Detail den Gang der Zeit. Mehr als anderswo ist an dieser Stelle der spezifische Herrschaftszipfel dessen zu fassen, was *Agnoli* unter „Transformation“ versteht. Sie setzt ausdrucksgemäß die liberaldemokratische Formation der Frühzeit voraus, prekär, wie sie war.⁷³

69 Im Unterschied zur Teilnahme Athenischer Bürger übrigens im Rahmen der alles andere als idealen Athenischen Demokratie. Die Lektüre des schwer übertrefflichen *Thukydides* genügt, von solcher Vorstellung zu ‚heilen‘.

70 *Anthony Downs*, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957 (deutsch: *Ökonomische Theorie der Politik*, Tübingen 1968).

71 „Die geschichtliche Funktion des bürgerlichen Staates vorausgesetzt (und nicht erst ‚abgeleitet‘), die Reproduktion einer kapitalistisch produzierenden, bürgerlich bestimmten Gesellschaft zu garantieren, galt es zu untersuchen, wie diese allgemeine Funktion im einzelnen, in ihren Einrichtungen und durch ihre Organe funktionieren. Wie werden staatliche Institutionen benutzt und transformiert, um als Instrumente der Friedensstiftung in einer konfliktual strukturierten Gesellschaft zu dienen, um mögliche Einbrüche unbotmäßiger (akkumulationswidriger) Impulse oder Bewegungen einzudämmen?“ *Johannes Agnoli*, *Zwanzig Jahre danach*, a.a.O. (Fn. 3), S. 12.

72 *Albert O. Hirschman*, *Leidenschaft und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Frankfurt am Main 1980.

73 Hätten wir genügend Raum, den komplexen Sachverhalt exemplarisch darzustellen, wählen wir

3.3. Größenordnungen

Ohne falschen Hegelianismus ist gerade im Kontext liberaler Demokratie Quantität in Qualität umgeschlagen. Darauf kommt *Agnoli* nicht zu sprechen, und auch die meisten liberalen Demokratietheoretiker gehen leichtfüßig darüber hinweg. Von den neuerdings flüggen Post-Demokraten ist dazu ebenfalls nichts zu hören⁷⁴. Zwei große Schübe seien hervorgehoben: (1) Der lange Schub zunehmender Massengesellschaft fand in europäischen und angelsächsischen Ländern quer durchs 19. Jahrhundert in wachsenden Umfängen statt. Im 20. Jahrhundert wird er zum weltweiten Ereignis. Er ist eng verbunden mit dem, was man „Durchstaatung“ (*Max Weber*) und „Durchkapitalisierung“ (*Karl Polanyi*) genannt hat⁷⁵. Angesichts der Ausweitung des Wahlrechts sprach *Karl Mannheim* von „Fundamentaldemokratisierung“ (dieser Vorgang spielt in *Michel Foucaults* neuerdings viel diskutierter Gouvernementalitätslehre eine ausschlaggebende Rolle)⁷⁶. Seltsam mutet aber an, dass zwar die „economics of scale“ welt- und betriebswirtschaftlich, nicht aber die „politics and policies of scale“ demokratietheoretisch bedacht worden sind – gerade nicht von der so genannten empirischen und realistischen Demokratietheorie, mit verhängnisvollen Konsequenzen. Stattdessen wird so getan, als sei es prinzipiell kein institutioneller und prozeduraler Unterschied, ob Demokratie in Liechtenstein, der Bundesrepublik Deutschland, den USA, der EU oder in Indien Platz greife.

(2) Der zweite Schub findet als das statt, was seit Anfang der siebziger Jahre als „Globalisierung“ zu der überragenden Kennzeichnung unserer Zeit geworden ist. Wie immer man „Globalisierung“ im Einzelnen fasst (wegen der Unschärfe des Ausdrucks setzen wir ihn in Anführungszeichen), dürften folgende, in unserem Zusammenhang wichtige Aspekte unumstritten sein: Sie ist zuerst ein kapitalistisches Ereignis; weltweite Konkurrenz multi- oder transnationaler Unternehmen ist nach „weltinnen“ umgeschlagen, hat sich verschärft; lokale, regionale, auch nationale Vorgänge werden primär überregional, von Ereignissen auf diversen Weltmärkten bestimmt. Wie immer man das Versprechen des „größtmöglichen Glücks der größtmöglichen Zahl“ bewertet: Aktuell und auf absehbare Zeit nehmen die gesellschaftlichen Spaltungen insbesondere zwischen Reichtum und Armut zu; sie sind in Struktur und Funktion kapitalistischer Konkurrenz gegeben. Mehr denn je trifft der Satz zu, den *Walter Rathenau*, 1922 ermordet, vor über hundert Jahren formuliert hat: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal.“⁷⁷ All das aber heißt: Selbst wenn es mit der nationalstaatlichen Demokratie bestens bestellt wäre, könnte sie nicht unverändert weiter bestehen⁷⁸.

die jüngste G8-Konferenz in Heiligendamm, um repräsentative Legitimationsprobleme im Kontext nationaler und internationaler Ökonomie nüchtern zu spiegeln.

74 Vgl. die einschlägigen Literaturangaben bei *Uwe Thaysen* / *Jürgen W. Falter*, a.a.O. (Fn. 4), S. 408 ff.

75 *Karl Polanyi*, *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main 1978.

76 *Karl Mannheim*, *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*, Darmstadt 1958; *Michel Foucault*, *Geschichte der Gouvernementalität II*. Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt am Main 2004.

77 <http://www.walther-rathenau.de/wiederaufbauminister.htm>.

78 Zu den ersten Argumenten siehe *Wolf-Dieter Narr* / *Alexander Schubert*, *Weltökonomie*. Die Misere der Politik, Frankfurt am Main 1994; *Wolf-Dieter Narr*, *Die skandalöse Langweile der Demokratietheorie(n)* – Ein ausblickender Rückblick, in: *Anton Pelinka* / *Helmut Reibalter* (Hrsg.), *Interdisziplinäre Demokratieforschung*, Wien 1998, S. 62 – 94.

Darum war und ist das bundesdeutsche Versäumnis mehrfach zu beklagen, 1990 eine Verfassungsdebatte westdeutsch borniert ausgeschlagen zu haben.

Statt sich konzeptionell anzustrengen, neigen Fachvertreter und andere allzu behend dazu, statt von „government“ von „governance“ zu reden, diese global mit dem Zusatzephemismus „good“ zu projizieren und angesichts des notorischen Demokratiedefizits der EU locker und unverbindlich vom „Mehrebenensystem“ zu reden. Die repräsentativ-demokratische Herausforderung am Beginn des 21. Jahrhunderts wird ignoriert.

3.4. Repräsentative Demokratie oder was sonst?

Kraushaar, selbst analytisch mit leeren Händen, moniert wie andere, *Agnoli* und seinesgleichen hätten „alternativ“ nichts zu bieten. *Agnoli* wollte das nicht. Als zeitbewusster Sokratischer hatte er Scheu vor allen großen Theorien (und selbst die große *Marxsche* benutzte er emphatisch historisch als Quellgrund triftiger Analyse und nicht als abgehobenes Lehrgebäude, von dem Erkenntnisse „abgeleitet“ werden könnten). Er misstraute ihnen aus erfahrener Grund als Ausdruck von Herrschaft⁷⁹. Klar war jedoch, dass er das, was man seit Ende der sechziger Jahre „Basisdemokratie“ nennt, in allen gesellschaftlichen Regionen und Sparten verwirklicht sehen wollte, angefangen mit der Universität. Das wird jedoch nicht ausreichen angesichts der „Niemandsherrschaft“ (*Hannah Arendt*), also der niemandem mehr zurechenbaren Herrschaft global abstrakter Sachzusammenhänge, die sich mit unfassbaren Geschwindigkeiten vereinen. Sollte für demokratische Politik fast jeder Lesart noch irgendeine mehr als symbolische Chance bestehen, dann muss man – wie *Agnoli* oder wie die ganz andere, aber ihm gleich nicht vorurteilszimerliche *Hannah Arendt* – in allen, auch längst vergessenen Vorratskammern der Moderne suchen gehen, um in radikal nüchterner, wirklichkeitswissenschaftlich trunkener Analyse begründete institutionelle Phantasie zu üben. Die einbildungskräftigen Experimente mit möglichst praktischen Versuchen schließen Überlegungen ein, ob, wo und wie in der Räteorganisation Elemente verborgen lägen, die anders und neu genützt werden könnten⁸⁰.

Von *Johannes Agnoli* kann und sollte man auch und gerade in seiner Kritik parlamentarischer Demokratie unverdrossen lernen – auch wenn man ihm nicht folgt. Von *Kraushaars* Schnüffeleien auf selbst geschaffenen Spuren kann man in dieser Hinsicht nichts lernen, selbst wenn man mit seiner unkritischen Aussparung aller Diskussion um parlamentarische Demokratie glücklich leben wollte⁸¹.

79 Darum kommt das, was er wollte, wahrscheinlich in seiner Vorlesung „Subversive Theorie“ am besten zum Ausdruck: *Johannes Agnoli*, Subversive Theorie. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte. Eine Berliner Vorlesung, hrsg. von *Christoph Hühne*, Freiburg i. Br. 1996.

80 Siehe den gewiss unzureichenden Schlussteil von *Hannah Arendts* Buch „The Revolutionary Tradition and Its Lost Treasure“, deutsch: *Hannah Arendt*, Über die Revolution, München 1963; vgl. auch *Roland Roth*, Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln 1994.

81 Selbst *Agnolis* kritische Erwiderung unter anderem an die Adresse von *Kraushaar*, die vor allem seinen Vorwurf der präfaschistischen Prägung seiner Parlamentarismuskritik betrifft, lässt der sonst erinnerungssüchtige *Kraushaar* außer Acht. Vgl. *Johannes Agnoli*, Zwanzig Jahre danach, a.a.O. (Fn. 3), S.13 ff.